

FRANKREICH

Unberührbarer Chirac

Acht Monate vor den Präsidentschaftswahlen hat sich im Elysée-Palast Siegeszuversicht eingestellt. Lange Zeit hatten Jacques Chirac und seine Berater gefürchtet, die zahlreichen Korruptionsaffären um den Staatsoberhaupt könnten wie „schleichendes Gift“ wirken und die Integrität des um seine Wiederwahl kämpfenden Amtsinhabers in Frage stellen. Nun ist der Präsident unerwartet seinen hartnäckigsten Verfolger losgeworden: Dem Untersuchungsrichter Eric Halphen, der seit sieben Jahren wegen illegaler Schmiergeldzahlungen an die Gaullistenpartei RPR ermittelt, wurde der Fall entzogen. Das Berufungsgericht in Paris hielt Halphen vorige Woche gravierende Verfahrensfehler vor und erklärte einen Teil seiner Ermittlungsergebnisse für nicht verwertbar. Dazu gehören ausgerechnet die stärksten Beweisstücke, die der Untersuchungsrichter in den letzten zwei Jahren gegen Chirac zusammengetragen



Präsident Chirac



Richter Halphen

hatte, darunter auch das postume Videogeständnis des Spendensammlers Jean-Claude Méry. Alle Indizien sprächen dafür, so die Schlussfolgerung von Halphen, dass „Jacques Chirac als Urheber oder als Komplize an der Ausführung der Straftaten beteiligt gewesen sein könnte“. Dieser Bescheid ist einstweilen annulliert; ein neuer Untersuchungsrichter muss die Akte Chirac übernehmen und die Ermittlungen weiterführen. Der Rückschlag der Justiz führt dazu, dass vor den Wahlen im Mai 2002, bei denen wohl auch der sozialistische Premier Lionel Jospin als Kandidat antreten wird, die Untersuchungen gegen den Präsidenten kaum abgeschlossen werden können. Chirac ist zwar juristisch noch lange nicht aus der Klemme. Aber der unverhoffte Zeitgewinn könnte ihm Gelegenheit geben, die Korruptionsvorwürfe aus dem Wahlkampf herauszuhalten und sich als verfolgte Unschuld darzustellen.

GEORGES GOBET / AFP / DPA
JACK GUEZ / AFP / DPA

RUSSLAND

Wankender Vorposten

Der nördliche Kaukasus, den Präsident Wladimir Putin in der vorigen Woche besuchte, wird mehr und mehr zur Krisenregion, erschüttert von Terroranschlägen und Aufstandsbewegungen. Am Montag explodierte im Regierungsgebäude in Grosny während einer Kabinettsitzung der von Moskau eingesetzten tschetschenischen Verwaltung eine Bombe. Die mächtige Detonation im ersten Stockwerk in unmittelbarer Nähe des Sitzungssaals riss ein



Gesprenge Gleise in Dagestan, zerbombtes

klaffendes Loch in die Stirnseite des Betonklotzes, tötete eine Reinigungskraft und verletzte fünf Menschen. Zu dem Anschlag gegen die so genannten National-Verräter haben sich die im Untergrund tätigen muslimischen Separatisten bekannt. Auch in Nachbarrepubliken Tschetscheniens, die zu den ärmsten Russlands zählen, schlagen mit den dortigen Rebellen verbündete Islamisten zunehmend den Weg des Terrorismus ein. In Dagestan sprengten Untergrundkämpfer am 29. August die

DÄNEMARK

Beschränkter Horizont

Königin Margrethe II. hat wenige Wochen vor den Wahlen erneut Sorge über die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in ihrem Land und die mangelnde Bereitschaft zur Integration von Einwanderern erkennen lassen. Die Monarchin bezeichnete ihr Volk als eine Art „Dorf-gemeinschaft“, die „gute und schlechte“ Seiten habe. „Die Leute kennen sich, sind gegenseitig leicht erreichbar und verstehen sich“, nannte die Königin als positive Eigenschaften. Das Risiko eines solchen Lebensgefühls in einem so überschaubaren Kollektiv („Jeder weiß, was der Nachbar tut und was er nicht tut“) sei allerdings ein „ziemlich beschränkter Horizont“, so Margrethe II. Das dänische Staatsoberhaupt, das sich laut Verfassung nicht zu politischen Fragen äußern darf, hatte bereits anlässlich ihres 60. Geburtstags im Frühjahr vorigen Jahres ihre Landsleute davor gewarnt, sich zu einer verschworenen Gemeinschaft gegen alles Fremde zu entwickeln; im Vorfeld des Besuchs von Bundespräsident Johannes



Rechtsradikale in Dänemark

Rau bekräftigte die Monarchin ihre Befürchtungen. „Ich denke nicht, dass sich die Situation bei uns in den letzten zwei oder drei Jahren drastisch verbessert hat.“ Die Sorge der Regentin ist berechtigt. Im Vorfeld der Wahlen, die turnusmäßig spätestens im März anstehen, aber schon vorab im Herbst stattfinden könnten, spielt die Ausländerpolitik eine zentrale Rolle. Nach dem Aufschwung



Regierungsgebäude in Grosny

aus Aserbaidschan nach Russland führende Ölpipeline. Am vergangenen Dienstag zerstörte ein Zehn-Kilo-Sprengsatz nahe der dagestianischen Hauptstadt Machatschkala die zentrale Bahnlinie der Kaukasusrepublik. Die Anschläge waren begleitet von Aufrufen im Internet zum Kampf „gegen Moskau und seine Satelliten“. In Dagestan, das als Russlands „Vorposten“ („Prawda“) im Kaukasus gilt, waren in den letzten Monaten massenhaft Flugschriften aufgetaucht, die zum „heiligen Krieg“ riefen. In der Republik Inguschien planen Anhänger des im Untergrund lebenden Tschetschenen-

Präsidenten Aslan Maschadow für den 15. September einen „Tschetschenischen Nationalkongress“. Attentate und Unruhen fürchten russische Sicherheitsexperten auch in der Bergrepublik Karatschai-Tscherkesien. Dort hat das Innenministerium in den vergangenen Wochen bei umfangreichen Razzien gegen islamistische Organisationen 22 Extremisten festgenommen. Insgesamt zählen die zuständigen Behörden dort mehrere hundert militante Gotteskrieger, von denen rund 50 in Tschetschenien in Lagern des berüchtigten jordanischen Guerrillaführers Chattab ausgebildet wurden.



ITAR-TASS/BILDERBERG

TÜRKEI

Folter und Misshandlungen beim EU-Kandidaten

Während die Regierung in Ankara in ihrem jüngsten „Europa-Fahrplan“ eine nachhaltige Verbesserung der Menschenrechtslage versprach, geht die türkische Justiz schärfer denn je gegen Regimekritiker vor: Nach einem Bericht des Menschenrechtsvereins IHD forderten türkische Staatsanwälte im vergangenen Halbjahr für 1519 Angeklagte in Meinungs- und Pressedelikten Haftstrafen von insgesamt 3125 Jahren – viermal so viel wie im ersten Halbjahr 2000, fast zehnmal so viel wie 1999. Auch die Zahl der Foltervorwürfe gegen die Sicherheitskräfte hat deutlich zugenommen, seit Ankara vor knapp zwei Jahren zum EU-Kandidaten ernannt wurde: 435 Untersuchungshäftlinge erstateten in den vergangenen sechs Monaten Anzeige wegen Misshandlungen in Polizeigewahrsam, im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum 263. Weder das türkische Parlament noch Justiz und Verwaltung erfüllten die im Programm zur „Beitrittspartner-schaft“ gegebenen Versprechen, beklagte IHD-Präsident Hüsnü Öndül: Die Zahl der Menschenrechtsverletzungen nehme „mit Höchstgeschwindigkeit“ zu. Auch Amnesty International setzte sich mit einer Vielzahl von Notaktionen für die Rettung akut gefährdeter Häftlinge ein. Misshandlung und Folter in türkischen Untersuchungsgefängnissen sei nach wie vor „weit verbreitet“, Ankara tue nichts, um Folterer dingfest zu machen. Stattdessen nehme der Druck auf Menschenrechtler zu.

POLEN

Konservative auf Kamikaze-Kurs

Jerzy Buzeks rechte polnische Minderheitsregierung, der nach allen Umfragen bei der Parlamentswahl am 23. September ein Desaster droht, plant zum Ende ihrer Amtszeit einen absurden Akt: Eine Woche nach der Wahl will sie mit dem alten Parlament den Haushalt für das nächste Jahr beschließen – freilich ohne ihn vor der Wahl der Öffentlichkeit vorzustellen. Der Vorgang ist juristisch unanfechtbar, politisch jedoch ohne Legitimation, kritisiert die linke Opposition. Eine solche Parlamentsabstimmung, der jegliches inhaltliche Mandat fehlen würde, ist sogar im für politische Überraschungen berühmten Italien noch nicht vorgekommen.

„Wir fordern seit Wochen, dass die Regierung endlich die Karten auf den Tisch legt“, sagt Michal Tober, Sprecher der sozialdemokratischen SLD. Doch selbst ein Vermittlungsversuch von Präsident Kwaśniewski, der in der vergangenen Woche den nur in Krisensituationen zusammentretenden Kabinettsrat

einberief, blieb ohne Ergebnis. Sollten die Konservativen von ihrem Plan nicht abrücken, führe das nach Ansicht von Tober aber zu keiner langfristigen Krise. „Wir haben nach den Wahlen noch viel Zeit, den Haushaltsentwurf wieder zu ändern“, erklärt der SLD-Mann.



CABANIS / AFP / DPA

Königin Margrethe, Prinz Henrik

der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, der möglicherweise zur Bildung einer neuen Regierung mit Bürgerlichen und Konservativen führen könnte, versuchen viele Politiker, mit Ressentiments gegen Einwanderer und Flüchtlinge Stimmung zu machen – auch im Regierungslager der Sozialdemokraten.



CZAREK SOKOLOWSKI / AP

Regierungschef Buzek